

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 264/15 vom 17. Juni 2015

### **Heike Franzen zu TOP 37: Das bildungspolitische Vorzeigeprojekt von SPD, Grünen und SSW ist ein teurer Flop**

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, sieht im Bericht von Bildungsministerin Britta Ernst einen Beleg für das Scheitern des Vorzeigeprojektes von SPD, Grünen und SSW:

„Die gegen jede Vernunft eingerichteten Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen werden von Schülern und Eltern nicht angenommen. Das bildungspolitische Vorzeigeprojekt von SPD, Grünen und SSW ist ein teurer Flop“, erklärte Franzen in der heutigen (17. Juni 2015) in Kiel.

Selbst im Vergleich zur ebenfalls dünnen Anmeldelage des Vorjahres hätten die von der Landesregierung mit aller Gewalt voran getriebenen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen noch einmal Anmelderückgänge zu verzeichnen. „Dagegen nehmen die Anmeldungen an Gymnasien noch einmal deutlich zu – und das trotz G-8 und trotz der ungerechten Schlechterstellung der Gymnasien bei der Lehrerstellenzuweisung“, so Franzen.

Die CDU-Bildungsexpertin forderte die Bildungsministerin auf, diese Schlechterstellung der Gymnasien zu beenden. „Die Lehrer müssen dort sein, wo die Kinder sind. Wir erwarten also, dass die Gymnasien im nächsten Schuljahr gemessen an den Aufnahmezahlen mit Unterrichtsstunden versorgt werden“, so Franzen.

Die Anmeldezahlen zeigten darüber hinaus eindeutig, dass selbst nach den Planungsgrundlagen des SPD-geführten Ministeriums nur zwei der neu eingerichteten Gemeinschaftsschuloberstufen die erforderliche Mindestzahl von 50 Schülerinnen und Schülern dauerhaft werden erreichen können. „Was sagen Sie eigentlich den Eltern und den Kindern, die sich in diesem Jahr an einer solchen Schule angemeldet haben und davon ausgehen, dass sie dort auch Abitur machen können? Sollen die Anforderungen an den Übertritt in die Oberstufe noch weiter herabgesenkt werden, damit sich die Oberstufen halten können? Wie sieht Ihre Schulentwicklungsplanung hier aus? Welche Auswirkungen wird das insgesamt auf die Strukturen der bestehenden Oberstufen haben?“, fragte Franzen die Ministerin.

Das Angebot der Kleinstoberstufen von SPD, Grünen und SSW überzeuge Eltern und Schüler ganz offensichtlich nicht. Und dies sei nachvollziehbar. Denn etwa 20 Prozent der dort eingesetzten Lehrkräfte verfüge nicht über eine Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II. Nur in vier Fällen würden die Profile der Oberstufen die von der Kultusministerkonferenz empfohlenen Standards erreichen. Erschreckend sei, dass das Ministerium über ein Drittel der Profile der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen noch nicht einmal für das zurückliegende Schuljahr habe Auskunft geben können.

„Wollen Sie lieber keine Auskunft geben, oder ist Frau Ernst wie Frau Alheit im Sozialministerium nicht Bestandteil der Meldekette?“, fragte Franzen.

Auch die Eingangszahlen an den Kleinstoberstufen selbst seien weit weg von einer Erfolgsgeschichte. Sieben der Oberstufen erreichten bereits jetzt nicht die gewünschten 50 Schüler in der Eingangsphase. Elf kämen nicht über 60 Schüler. „Für die Schülerinnen und Schüler heißt das, dass die gewünschte Bandbreite der Profile gar nicht angeboten werden kann. Im schlimmsten Fall müssen sie während der Oberstufe das Profil wechseln“, so Franzen.

Ministerin Ernst und die Regierungsfractionen seien aufgefordert, jetzt klare Perspektiven über die Zukunft ihres Vorzeigeprojektes aufzuzeigen.

„Schüler, Eltern und Lehrer brauchen Perspektiven. So kann es nicht weiter gehen. Die an den rot/grün/blauen Kleinstoberstufen gebundenen Lehrkräfte fehlen an anderen Schulen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls“, sagte die CDU-Abgeordnete.